

Gegen Unterdrückung und Krieg

Basel, 18.12.2009 Der Verein Städtepartnerschaft Basel-Van führt Menschen kurdischer, türkischer und schweizerischer Herkunft zu Zusammenarbeit mit der Stadt Van im Osten der Türkei zusammen. Er ist erschreckt über die jüngsten Nachrichten aus der Türkei. Sie betreffen das Verbot der kurdisch geprägten Partei für demokratischen Wandel (DTP) und den Ausschluss demokratisch gewählter kurdischer Abgeordneter aus dem politischen Leben, verfügt durch das Verfassungsgericht. Sie folgen der Verhaftung von mehr als 400 Verantwortlichen der DTP nach den für sie erfolgreichen Gemeindewahlen im März 2009. Mit allen diesen Massnahmen werden alle Chancen zerstört, mit demokratischen Mitteln zu einem friedlichen Ausgleich im Kurdenkonflikt zu kommen. Im Gegenteil droht eine erneute Eskalation der Kriegssituation, wenn demokratisch legitimierte Verhandlungspartner mattgesetzt werden. Nach Überzeugung des Vereins Städtepartnerschaft kann dies alles die schweizerischen und kantonalen Behörden nicht gleichgültig lassen. Denn dies betrifft unmittelbar die vielen Menschen aus der Türkei, die in der Basler Region leben und zu grossen Teilen Bürgerinnen und Bürger schweizerischer Gemeinwesen wurden. Zudem bedroht heute jeder Krieg das Wohl der gesamten Menschheit. Im Sinne dieser Erwägungen ruft Grossrat Jürg Meyer mit einer Interpellation den Regierungsrat auf, bei den zuständigen Organen des Eidgenössischen Departements des Äusseren (EDA) seine Besorgnis zum Ausdruck zu bringen und sie zu diplomatischen Schritten im Interesse des Friedens zu ermutigen.

Rita Schiavi

Co-Präsidentin des Vereins Städtepartnerschaft Basel-Van